



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Sport, Veranstaltungen und Freizeit

Sitzungsort: Neues Rathaus, Großer Sitzungssaal, II. OG		Sitzung-Nr.: SVA/06/2025
Sitzungsdatum: Dienstag, 18.11.2025	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 17:50 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll	
Ausschussmitglieder	
Herr Stadtrat Robert Schidlmeier	
Frau Stadträtin Brigitte Fuchs	
Herr Stadtrat Thomas Deiser	Vertretung für Herrn Stadtrat Albert Wittmann
Herr Stadtrat Klaus Mittermaier	
Herr Stadtrat Christian De Lapuente	bis 17:47 Uhr, TOP 3 öSi
Frau Stadträtin Agnes Krumwiede	
Herr Stadtrat Christian Höbusch	Online
Herr Stadtrat Klaus Böttcher	
Herr Stadtrat Ulrich Bannert	
Herr Stadtrat Fred Over	
Herr Stadtrat Karl Ettinger	
Herr Stadtrat Sepp Mißbeck	
Berufsmäßige Stadträte	
Herr Gero Hoffmann	
Verwaltung	
Herr Martin Diepold	Amt für Sport und Freizeit
Herr Tobias Klein	Kulturamt

Entschuldigt

Herr Stadtrat Albert Wittmann

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	3
1 . Evaluationsbericht zum Sportentwicklungsplan der Stadt Ingolstadt (Referentin: Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll) Vorlage: V0737/25	3
2 . Grundsatzbeschluss zur zukünftigen Anzahl von Festzelten auf den Ingolstädter Volksfesten (Referent: Herr Grandmontagne) Vorlage: V0785/25	5
2.1 . Informationen zum Christkindmarkt	7
3 . Erneuerung Imbisscontainer am Schliffelmarkt (Referent: Herr Hoffmann) Vorlage: V0787/25	9

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Sport, Veranstaltungen und Freizeit ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss für Sport, Veranstaltung und Freizeit ist damit beschlussfähig.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll verkündet als zusätzlichen TOP 2.1 in der öffentlichen Sitzung über den Christkindmarkt zu informieren.

Mit den Änderungen zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

Danach gibt der Ausschuss für Sport, Veranstaltungen und Freizeit seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung (§ 38 Abs. 2 der Geschäftsordnung)

Öffentliche Sitzung

Bekanntgabe

1. **Evaluationsbericht zum Sportentwicklungsplan der Stadt Ingolstadt
(Referentin: Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll)
Vorlage: V0737/25**

Antrag:

Der Evaluationsbericht zum Sportentwicklungsplan wird bekannt gegeben.

Herr Diepold und der im Amt für Sport und Freizeit für den Sportentwicklungsplan verantwortliche Mitarbeiter berichten anhand der Vorlage über die Entwicklung des Sportentwicklungsplanes.

Stadtrat Schidlmeier ist der Ansicht, dass die finanzielle Lage auch eine Chance sei, Projekte zu verknüpfen. Zum Thema Schwimmen berichtet Stadtrat Schidlmeier, dass Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll einen runden Tisch durchgeführt habe, an dem sich Teilnehmer spontan dazu bereitklärten, ehrenamtlich Schwimmkurse zu erteilen. Durch ein neues Programm der Regierung, sollen neue Schwimmbäder finanziell gefördert werden. Vielleicht könne man hier als Stadt noch Spenden einsammeln, um das Bauen neuer Schwimmbäder zu ermöglichen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll informiert, dass am 19.11.2025 eine Besprechung zum Thema Fördergelder stattfinden werde. Hier sei das Thema Schwimmbad auch dabei, jedoch müsse man bedenken, dass immer ein städtischer Eigenanteil geleistet werden müsse.

Stadtrat Mißbeck fragt an, ob es Anfragen gäbe, die Sporthallen an Vereinigungen nach den Öffnungszeiten zur Verfügung zu stellen, die keinem Verein angehören.

Herr Diepold erklärt, dass es bisher keine großen Anfragen für Termine nach den Öffnungszeiten ab 22:00 Uhr geben würde. Die Sportzeiten für die Jugend gehen maximal bis 20:00 Uhr und können somit nach 22:00 Uhr nicht mehr in die Hallen praktiziert werden. Die Sporthallen werden trotz Anfragen auch nicht an Privatpersonen vermietet aus Haftungsgründen. Ein weiteres Thema sei die Ruhezeit bzw. die Lärmbelästigung, die nach 22:00 Uhr beachtet werden müsse. Falls der Wunsch da sei, würde man einen Vorschlag bringen, gemäß dem Vorbild der Landeshauptstadt München, wo die Öffnungszeiten bis 23:00 Uhr verlängert wurden.

Stadtrat Ettinger fragt bezüglich des Personalmangels zur Umsetzung des Sportentwicklungsplans an, ob die Möglichkeit bestehe, Teile des Plans über ehrenamtliche Kräfte umzusetzen mit überschaubaren Arbeitspaketen. Dies müsste transparent mit den Leuten kommuniziert werden, um Personal für eine Weiterführung des Projekts zu gewinnen. Außerdem möchte er wissen, ob es eine Erkenntnis gebe, wie viele Kinder durch das Angebot, bis zu einem gewissen Alter das Schwimmen erlernt haben.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erklärt, dass sich das ein oder andere vielleicht durch ehrenamtliches Personal darstellen lasse, jedoch das Hauptamt zur Organisation benötigt werde.

Herr Diepold erklärt zum Thema Sport im Park, dass man versucht habe über Vereine ehrenamtliche Übungsleiter zu finden, jedoch sich niemand gemeldet habe. Alle Übungsleiter seien über die VHS gewonnen worden. Es sei zwar nicht unmöglich darzustellen, jedoch hat es sich deutlich gezeigt, dass das Ehrenamt im Sportbereich an seine Grenzen stoße. Zum Thema Schwimmen gab es eine Aufarbeitung der Schwimmfähigkeit aus dem Schulreferat, die jedoch schon einige Jahre alt sei. Man habe mit der Lessing- und Pestalozzischule zwei wichtige Lehrschwimmbecken verloren. Nun habe man nur noch ein Lehrschwimmbecken, das jedoch auch schon ein bauliches Alter erreicht habe. Es wird davon ausgegangen, dass sich dies negativ auf die Schwimmfähigkeit der Kinder auswirke.

Stadtrat Böttcher ist der Meinung, man solle versuchen, über das Ehrenamt möglichst viel aus dem Sportentwicklungsplan umzusetzen.

Stadtrat De Lapuente merkt an, dass es ein hoher Aufwand sei, die Motivation der Übungsleiter aufrecht zu erhalten und es schwierig sei, sich ehrenamtlich über dem Verein hinaus zu engagieren. Der Sportentwicklungsplan sei eine Erfolgsgeschichte. Er hofft, dass der Plan nicht in eine Schublade gesteckt werde, sondern immer wieder neu aufgedeckt und sich um eine Umsetzung bemüht werde.

Herr Angermann erklärt aus Vereinssicht, dass das Ehrenamt ein Hauptamt zwingend brauche. Ohne den für den Sportentwicklungsplan zuständigen Verwaltungsmitarbeiter als hauptamtliche Kraft, hätte man viele Dinge nicht umsetzen können. Aus

diesem Grund habe man Sorgen bezüglich des nächsten Jahres, wie der Plan umgesetzt werden solle ohne hauptamtliche Unterstützung.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll stellt klar, dass der Plan nicht in eine Schublade gesteckt werde, sondern man bei vielen Themen am Ball bleiben werde. Man müsse jedoch immer die finanziellen und personellen Ressourcen abwägen.

Herr Nixdorf erklärt, dass es den Vereinen wichtig war, sich bei dem Sportentwicklungsplan einzubringen. Dieser Plan sei keine Einzelaktion, sondern sei in vielen anderen Städten auch erstellt worden und werde immer wieder erneuert. Für uns sollte der Plan auch weitergeschrieben werden und somit müsste sich jemand aus dem Sportamt dieser Sache widmen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll wünscht sich ebenfalls eine Fortschreibung des Planes.

Der Bericht wird bekanntgegeben.

Beschließend

- 2 . Grundsatzbeschluss zur zukünftigen Anzahl von Festzelten auf den Ingolstädter Volksfesten
(Referent: Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0785/25**

Antrag:

Einer Fortführung der bisherigen Regelungen wird zugestimmt. Diese lautet wie folgt:

1. Bei den Pfingstvolksfesten sollen zukünftig weiterhin zwei Festzelte stehen
2. Bei den Herbstvolksfesten soll zukünftig weiterhin ein Festzelt stehen

Stadtrat Mittermeier stellt fest, dass für ihn die Vorlage überraschend sei. Er habe in den ersten 20 Jahren seiner Amtszeit sich dafür bemüht, zwei Festzelte an den Volksfesten zu ermöglichen. Hier waren jedoch Teile der Verwaltung und der Brauereien dagegen. Nun habe er festgestellt, dass an einem Sonntagmittag das Festzelt bei weitem nicht zur Hälfte befüllt sei. Er habe keinen Festwirt angetroffen, der zwei Festzelte befürworte. Er stellt in Frage, wie sinnvoll es sei über die Aufstellung zweier Festzelte zu diskutieren.

Stadtrat Böttcher spricht sich für die FW-Fraktion positiv gegenüber dem Vorschlag der Verwaltung aus. Es komme auch drauf an, welche Zelte aufgestellt werden und welche Bewerber es gäbe. Er kritisiert jedoch die hohe Lautstärke im Innenbereich und stellt fest, dass die bayerische Gemütlichkeit am Volksfest verloren sei. Stadträtin Fuchs habe einen guten Vorschlag für das Geschäft am Sonntag eingebracht, der sich aus positiv auswirkte.

Stadtrat Over stimmt Stadtrat Böttcher zu, ist jedoch durch das Sonder-Treffen des Ausschusses davon überzeugt worden, dass der Markt die Anzahl der Festzelte regeln solle.

Stadtrat Schidlmeier gibt bekannt, dass sich die Stadtbevölkerung verändert habe. An den Fahrgeschäften sei die Nachfrage groß, bei den Festzelten jedoch nicht. Wie man durch Angebotsänderungen mehr Besucher generieren könne, sei eine Sache der Festwirte im Zusammenhang der Brauereien. Die CSU stimmt der Vorlage zu.

Herr Klein trägt vor, dass es die Zielsetzung der Stadt gebe, definitiv mit zwei Zelten an Volksfesten zu arbeiten, dies müsste auch in der jetzigen Zeit stemmbar sein. Bei den Brauereien gebe es allerdings unterschiedliche Meinungen hierzu. Wenn man eine künstliche Verknappung der Besucher durch zwei Zelte herbeiführe, müsse dies nicht zwingend zu einer Verbesserung der Leistung führen. Zwei Festzelte am Pflingstvolksfest und am Herbstvolksfest einzuführen, sei man aufgrund der Kosten dagegen. Durch verschiedene Modelle u.a. der variablen Lösung mit dem günstigeren Bierpfenning sei man den Festwirten entgegengekommen. Das wichtigste Signal sei, dass nicht über die Größe der Festzelte diskutiert werde, sondern dass zwei Zelte auf dem Markt platziert werden und teilnehmen.

Stadtrat Mißbeck stellt in Frage, ob die Vorlage auf Anregung des neuen Kulturreferenten basiert oder auf Probleme der jetzigen Besitzer und Brauereien.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll führt aus, dass Brauereien auf die Stadt zugekommen seien, und insbesondere eine Brauerei für lediglich ein Zelt am Pflingstvolksfest plädiert habe. Hier habe es dann Gespräche von Ausschussvertretern mit den Vertretern der Brauereien gegeben, die jedoch unterschiedlicher Auffassung zu diesem Thema seien. Aus diesem Grund möchte man eine entsprechende Entscheidung des zuständigen Ausschusses herbeiführen.

Auf Nachfrage von Stadträtin Fuchs teilt Herr Klein mit, dass das Pfingstvolksfest von den zwei großen Brauereien von Ingolstadt geführt werde und im Herbst abgewechselt werde, so wie bisher.

Stadtrat Ettinger merkt an, dass die heutige Jugend viel weniger Bier trinke als die Generationen davor. Er regt an, eine Analyse über den Getränke- und Bierkonsum am Volksfest zu erarbeiten. Man könne sich genau anschauen, zu welchen Zeiten und in welchem Bereich wie viel getrunken werde. Es gäbe Zeiten, an denen der Lautstärkepegel sehr laut sei und manche Besucher vertreibe. Angebotsdiversität wäre eine Möglichkeit den Umsatz zu steigern. Insgesamt stimmt er der Vorlage zu.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll weist darauf hin, dass man für das Pfingstvolksfest eine Entscheidung treffen müsse und dann die gewünschte Analyse erstellt werden könne.

Stadträtin Fuchs informiert, dass die jungen Leute auf den Biertischen stehen würden und somit kein Platz für ein Bierkrug sei. Sie habe beobachtet, wie junge Leute ihr Alkohol auf dem Weg zum Volksfest in Supermärkten kaufen und anschließend das Volksfest betreten. Diese Situation könne der Ausschuss nicht kontrollieren.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll merkt zur Analyse an, dass man weiterhin in Gesprächen mit den Wirten bleibe und versucht werde, über das Programm das Volksfest zu beleben. Heute wolle man lediglich Klarheit für die Wirte für das nächste Jahr schaffen.

2.1 . Informationen zum Christkindlmarkt

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll informiert, dass jedes Mitglied das Schreiben von Vorstand der ARGE Volksfeste und Märkte Ingolstadt bezüglich der Vorverlegung des Christkindlmarktes erhalten habe. Gewünscht sei ein genereller Beginn des Christkindlmarkts am Freitag vor dem Totensonntag. Heute wolle man lediglich ein Meinungsbild darüber erhalten. Die entsprechende Vorlage werde in einer der nächsten Sitzungsläufe vorgelegt.

Herr Klein spricht sich als Verwaltung dem Vorschlag sehr offen gegenüber aus, es wurde durch die Veranstalter schon angedeutet, dass aufgrund der früheren Schließung des Christkindlmarktes eine Vorverlegung künftig gewünscht sei. Zu dem Thema Kosten müsste man jedoch berücksichtigen, dass ein längerer Christkindlmarkt mehr Kosten für die Stadt bedeute.

Stadträtin Fuchs stimmt den Vorschlag zu, den Markt früher zu beginnen. Ihr Anliegen wäre, dass der Christkindlmarkt, wie dieses Jahr spätestens am 22.12. endet, sodass die Schausteller auch Weihnachten feiern können.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll merkt an, dass die frühere Schließung des Christkindlmarktes den Hintergrund habe, dass die Schausteller früher frei haben und der Abbau gewährleistet werden könne.

Stadtrat Bannert steht dem Anliegen positiv gegenüber und bittet die Verwaltung das Stimmungsbild des Stadtrates mit in die Gespräche mit den Veranstaltern zu nehmen. Man solle jedoch klar den Kostenfaktor ansprechen und eine klare Sitzungsvorlage zur Entscheidung dem Ausschuss vorlegen.

Stadtrat Schidlmeier hält eine Verlängerung des Christkindlmarktes für sinnvoll, zumal die Eisarena auch länger offen habe. Er gibt jedoch zu bedenken, dass man bisher schon Probleme hatte, Stände zu finden die den Markt die ganze Zeit beschicken könnten. Er bittet um Klärung wie es mit den längeren Öffnungstagen stehe, um keine Lücken zu haben.

Stadtrat Mittermeier schließt sich dem Meinungsbild an und regt an, den 23.12 generell als Abbautag zu nehmen.

Herr Klein informiert, dass der diesjährige Abbautag am 23.12. auch künftig gelten werde. Für den Totensonntag als Feiertag und auch eine durchgängige Belegung der Hütten werde man eine Lösung finden. Er teilt mit, dass es Kulturamtseigene Hütten gäbe, die verschiedene Schausteller durchgängig nutzen werden. Das Stimmungsbild werde in die Gespräche mitgenommen.

Beschließend

- 3 . **Erneuerung Imbisscontainer am Schliffelmarkt
(Referent: Herr Hoffmann)
Vorlage: V0787/25**

Antrag:

1. Dem Betreiber des Imbisscontainers (Dönerstand) am Schliffelmarkt wird die Sondernutzungserlaubnis für den bestehenden Standort für einen Zeitraum von weiteren zwei Jahren wie beantragt erteilt.
2. Eine Verlängerung um ein weiteres Jahr kann auf erneuten Antrag des Betreibers gewährt werden, sofern dann keine städtebaulichen oder verkehrlichen Gründe entgegenstehen.
3. Die Genehmigung erlischt, sobald mit der Sanierung der Fußgängerzone am Schliffelmarkt, dem Standort des Containers, begonnen wird.

Herr Hoffmann geht anhand der PowerPoint-Präsentation auf den Imbisscontainer am Schliffelmarkt ein. Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei. Insoweit wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet. Er fügt hinzu, dass die Sondernutzungsgebühren am Schliffelmarkt **bisher** deutlich niedriger seien als die marktüblichen Mietgebühren in der Umgebung. Aufgrund der Größe des Containers, sei dieser bauordnungsrechtlich genehmigungsfrei. Die geplante Neugestaltung des Schliffelmarktes sei aus Kostengründen derzeit vorerst zurückgestellt. Die Stadtplanung betont, dass der neue Standort des Imbisscontainers sich außerhalb der historischen Stadtmauer befinden müsse. Herr Hoffmann erklärt, dass der Antrag nach dem geltenden Jährlichkeitsprinzip der Sondernutzungssatzung geändert werden müsste; die Antragspunkte lauten dann:

1. **Dem Betreiber des Imbisscontainers (Dönerstand) am Schliffelmarkt wird die Sondernutzungserlaubnis für den bestehenden Standort für ein weiteres Jahr wie beantragt erteilt.**
2. **Eine Verlängerung für die Jahre 2027 und 2028 begrenzt kann auf erneuten Antrag des Betreibers gewährt werden, sofern dann keine städtebaulichen oder verkehrlichen Gründe entgegenstehen.**
3. Die Genehmigung erlischt, sobald mit der Sanierung der Fußgängerzone am Schliffelmarkt, dem Standort des Containers, begonnen wird.

Stadträtin Fuchs berichtet, nichts von dieser Sache erfahren zu haben und dass der Ausschuss hierüber nicht informiert wurde. Dieses Jahr sei es bereits das dritte Mal, wo der Ausschuss im Nachhinein etwas genehmigen solle. Dies könne künftig nicht mehr so gehandhabt werden. Heute solle erstmal nur für dieses Jahr eine Genehmigung beschlossen werden, jedoch nicht für die weiteren Jahre. Dementsprechend spricht sie sich gegen die Vorlage aus.

Stadtrat Bannert schließt sich den Ausführungen von Stadträtin Fuchs an und empfindet den Container an dieser Stelle als unschön. Er verweist darauf hin, dass man in der Ingolstädter Innenstadt bereits viele Dönerstände habe und es fraglich sei, ob dieser Stand überhaupt benötigt werde. Er hofft, dass sich die Mehrheit nicht für die Vorlage ausspricht, sondern eine Erlaubnis der Sondernutzung lediglich auf ein Jahr begrenze.

Stadträtin Krumwiede gibt die Meinung der Fraktion weiter, dass dieser Container nicht in das Stadtbild der denkmalgeschützten Innenstadt passe. Jedoch hänge hier eine wirtschaftliche Existenz dran, wo bereits ein guter Kundenverkehr bestehe. Unter den Bedingungen, dass bereits ein neuer Standort gesucht werde, werde man befristet für ein Jahr zustimmen.

Stadtrat Böttcher ist der Ansicht, dass hier mehrere Faktoren eine Rolle spielen, zum einen habe der Stadtrat nichts gewusst. Zum anderen habe man in der Stadt einen Leerstand und es seien genügend Imbissläden vorhanden. Dieser Container schaffe Konkurrenz und evtl. einen Wettbewerbsvorteil, den man mit einer angemessenen Miete regeln könne und müsse. Die Meinung des Bezirksausschusses sollte man berücksichtigen, es wurde 7-mal abgelehnt und lediglich 4-mal zugestimmt. Hinzu komme, dass der Antrag nicht fristgerecht verlängert wurde. Demnach könne man den Stand vorerst für ein Jahr verlängern, während ein neuer Standort gesucht werde.

Stadtrat Over stellt fest, dass sich über Geschmack streiten ließe, man jedoch die Innenstadt beleben wolle. Er stimmt dem Antrag mit den Änderungen von Herrn Hoffmann zu.

Stadtrat Mißbeck trägt zur Zeitspanne vor, dass der Antrag auf zwei Jahre ausgesprochen werden müsse, um es finanzierbar zu machen. Fraglich sei, ob die

umliegenden Anlieger um Zustimmung gebeten werden müssen. Die Meinung des Bezirksausschusses müsse auf jeden Fall berücksichtigen.

Stadtrat Mittermeier erachtet es als problematisch, dass das Objekt bereits stehe und erst jetzt der Ausschuss über die Genehmigung entscheiden solle. Er gibt zu bedenken, dass früher der Ausschuss über jedes kleine Detail informiert wurde. Der Stand sieht zuerst ungewöhnlich aus, im Vergleich zu dem, was vorher stand allerdings besser. Der Betreiber habe sich im Vorfeld die Zustimmung eingeholt und dann investiert. Somit könne man ihn jetzt nicht vertreiben und stimmt dem geänderten Antrag für ein Jahr zu.

Stadtrat Deiser erklärt, zum Hintergrund des Platzes, dass dieser ursprünglich von der Stadt gekauft wurde, um den Schliffelmarkt umzubauen. Der Umbau liege aber noch in der fernen Zukunft, sodass hier zunächst eine vernünftige Vergabe stattfinden sollte. Zuerst gab es einen Stand für den Verkauf von Säften und Maroni im Winter und jetzt steht eine Küche mit Vorraum da, die ganzjährig nutzbar sei. Dies wurde ohne Antrag durchgeführt und nun stehe man vor vollendeten Tatsachen. Die Botschaft, die man nun gebe, sei, dass wenn jemand, der sich nicht an die Regeln und Vorgaben halte, belohnt werde. Für den Imbisscontainer sollte hier zunächst für ein Jahr eine Übergangsfrist als Nutzung geduldet werden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll hält als Gesamteindruck fest, dass ein Jahr Übergangsfrist bis zum Ende des Jahres 2026 geduldet werde mit Neuberechnung der entsprechenden Sondernutzungsgebühr. Gleichzeitig werde der Betreiber unterstützt, einen neuen Standort zu finden. Der kommende Stadtrat sollte sich zeitig mit diesem Thema beschäftigen, um eine Kompromisslösung zu finden.

Herr Hoffmann kann verstehen, dass man hier im Vorfeld hätte informiert werden müssen. Vereinbart und beschlossen wurde, dass nur noch Neuansträge dem Ausschuss vorgelegt werden und Folgeansträge in der Verwaltung entschieden werden können. Die Hütte stand jedoch irgendwann da und danach kam erst der Antrag. Die heutige Sitzung sei der erste Termin, bei dem man den Antrag einbringen und beraten konnte. Der Betreiber habe zwar mit Kollegen des Tiefbauamtes und des Referats VII gesprochen, deren Aussagen wurden jedoch sehr positiv ausgelegt. Dem Antragsteller wurde von den Fachstellen immer wieder gesagt, dass Handy-Fotos von anderen Projekten nicht ausreichend seien und er einen Antrag vorlegen solle. Ihm liegt es fern, dem Ausschuss Informationen vorzuenthalten, er müsse aber nun mit der

Situation umgehen. Er plädiert dafür, die Nutzung für ein Jahr zu genehmigen. Der Antragsteller solle sich dann möglichst zeitnah um einen neuen Standort kümmern. Hier könne die Stadtverwaltung aber lediglich kleinere Unterstützung anbieten.

Stadtrat Bannert hebt hervor, dass die Vergabe von diesem Objekt auf ein Jahr befristet werde und rechtzeitig dem Stadtrat vorgelegt werden müsse für eine zukünftige Vergabe, die der Ausschuss bzw. der Stadtrat zu entscheiden habe.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem geänderten Antrag genehmigt, mit der Maßgabe, dass der Stadtrat sich für das Folgejahr ab 01.01.2027 rechtzeitig mit dem Thema befasse und der Betreiber unterstützt werde, einen neuen Standort zu finden.

- 1. Dem Betreiber des Imbisscontainers (Dönerstand) am Schliffelmarkt wird die Sondernutzungserlaubnis für den bestehenden Standort für ein weiteres Jahr wie beantragt erteilt.**
- 2. Eine Verlängerung für die Jahre 2027 und 2028 begrenzt kann auf erneuten Antrag des Betreibers gewährt werden, sofern dann keine städtebaulichen oder verkehrlichen Gründe entgegenstehen.**
3. Die Genehmigung erlischt, sobald mit der Sanierung der Fußgängerzone am Schliffelmarkt, dem Standort des Containers, begonnen wird.

-Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet.-